

**Anträge der ASG Berlin zum LPT am 16./17.11.2018**

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen

**Vorsorge darf nicht bestraft werden: Doppelte Verbeitragung stoppen!**

Die SPD Berlin fordert die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, auf dem Weg der Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hin zu einer Bürgerversicherung, die Beitragshöhe auf Versorgungsbezüge zu halbieren. Die volle Verbeitragung von Versorgungsbezügen erleben Betroffene als ungerecht und sie nährt den Eindruck, dass Vorsorge bestraft wird.

Begründung:

Seit 1. Januar 2004 müssen alle gesetzlich versicherten Bezieher von Betriebsrenten und anderen Versorgungsbezügen auf ihre Versorgungsbezüge den vollen Beitragssatz zur Krankenversicherung entrichten. Für Versicherte in der Krankenversicherung der Rentner bedeutete dies eine Verdoppelung des Beitragssatzes. Die Erhöhung betraf auch freiwillig versicherte Ruheständler, die vor dem 1. Januar 1993 bereits das 65. Lebensjahr vollendet hatten und aufgrund einer Übergangsvorschrift zuvor nur den halben Beitragssatz zahlen mussten. Auch bei schon bestehenden Direktversicherungsverträgen sind seither alle nach dem 1. Januar 2004 ausgezahlten Kapitalabfindungen voll beitragspflichtig.

Die Regelung ist permanent wiederkehrender Grund für massiven Unmut bei den betroffenen Rentnerinnen und Rentnern. Diese empfinden die Zahlung des vollen Beitragssatzes (statt z.B. des hälftigen) auf diese ergänzende „Rente“ als ungerecht. Nicht zuletzt entsteht der Eindruck, dass hier das durchaus akzeptierte Prinzip der Leistungsfähigkeit bei der Beitragserhebung unlogisch im Vergleich zu gesetzlichen Rentenzahlungen umgesetzt wird. Und dass privates Vorsorgen durch zu hohe Beiträge „bestraft“ würde.

Entgeltumwandlungen zugunsten einer betrieblichen Altersversorgung in der Sozialversicherung sind seit 2004 beitragsfrei, sofern diese im Rahmen der Freibeträge (2018 bis zu 260 Euro monatlich) vorgenommen werden.

Die von der SPD angestrebte Bürgerversicherung ist nicht in einem Schritt umsetzbar. Ein zügiger Schritt sollte jedoch die Beseitigung dieser unsystematischen Verbeitragung sein. Auch, um die Akzeptanz der solidarischen Krankenversicherung an dieser wichtigen Stelle wieder zu erhöhen.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen  
Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

**Ausreichende medizinische Versorgung sicherstellen: Bundesweite Lösung zur Finanzierung der Behandlung von Menschen mit unklarem Versicherungsstatus einführen**

Die SPD Berlin / die SPD fordert die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, eine bundesweite Lösung zur Finanzierung der Behandlung von Menschen mit unklarem Versicherungsstatus zu entwickeln und umzusetzen. Ziel muss sein, dass für jeden Menschen in Deutschland medizinische Versorgung geregelt (ggf. vor-)finanziert wird, damit Jede und Jeder notwendige medizinische Hilfe auch real erhalten kann. In einem ersten Schritt muss grundsätzlich für alle Kinder und Jugendliche in Deutschland ein Versicherungsschutz sichergestellt werden.

Begründung:

Trotz Versicherungspflicht sind nach Schätzungen in Deutschland hunderttausende Menschen ohne bzw. ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Betroffen sind beispielsweise Selbstständige, Privatversicherte mit Beitragsrückständen sowie deren Kinder, Menschen ohne Wohnung oder legalen Aufenthaltsstatus sowie arbeitssuchende EU-Bürger, die im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland sind. Diese Menschen werden bei akuten Schmerzzuständen und Unfällen behandelt. Weitere medizinische Versorgung oder Beratung wird nach aktueller Gesetzeslage nicht erstattet. Eine Nichtbehandlung von Krankheiten oder Verletzungen kann beispielsweise für Menschen mit chronischen Erkrankungen lebensbedrohlich werden.

In Berlin wird aktuell als Erstanlaufstelle für diese Menschen eine Clearingstelle eingerichtet. Diese prüft, ob die Patientinnen und Patienten mit ungeklärtem Versicherungsstatus in eine gesetzliche Krankenversicherung oder private Versicherung vermittelt werden können und helfen diesen dabei.

Gleichzeitig sollen die Gründe für den fehlenden Versicherungsschutz systematisch erfasst werden und als Grundlage für gesetzliche Änderungen dienen.

Sollte keine Möglichkeit der Kostenübernahme bestehen, werden medizinische Leistungen über einen steuerfinanzierten Fonds erstattet. Das Berliner Modell soll für eine bundesweite Lösung als Vorbild dienen, um Menschen in der ganzen Bundesrepublik ausreichend versorgen zu können.

Langfristiges Ziel muss sein, alle betroffenen Menschen in die Regelversorgung zu überführen.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen  
Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

### **IGeL Abzocke zurückdrängen**

Die SPD Berlin / die SPD fordert die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, überflüssige und nicht ungefährliche Selbstzahlerangebote aus Arztpraxen zurückzudrängen. Patientinnen und Patienten müssen effektiv vor einer systematischen Verunsicherung und folgender finanzieller Abzocke geschützt werden. Sinnvolle Leistungen müssen GKV-Leistungen sein. Unsinnige Zusatzangebote haben in Arztpraxen nichts verloren.

#### Begründung:

Bei manchen Arztgruppen scheinen sogenannte Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) mehr zur Regel zu werden als qualitativ anerkannte und von den Kassen erstattete Diagnose- und Therapieverfahren. Die zunehmende Ausweitung von IGeL-Angeboten führt bei den Patientinnen und Patienten zu großen Verunsicherungen. Zum einen, suggeriert der Verkauf von IGeL, dass die Gesetzliche Krankenversicherung nur eine unzureichende Versorgung bieten würde. Zum anderen kann die tatsächliche Sinnhaftigkeit und Wirkung von IGeL-Angeboten von den Patientinnen und Patienten kaum adäquat abgeschätzt werden, zumal sich das Angebot ständig erweitert und verändert. Um Patientinnen und Patienten nicht weiter in Arztpraxen in unangenehme Situationen zu bringen und die zunehmende Abzocke zu beenden, ist das Anbieten von IGeL deutlich zurück zu drängen.